68. Jahrgang. № 333 Sonnabend, 18. Juli 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 40 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue
Nachmittag-Tee mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannte vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.
Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Der Inhalt der Antwortnote.

Erneute Verhandlungen des Reichskanzlers über ein Steuerkompromiß.

Belgien und Frankreich zur Räumung der Ruhrhäfen bereit? — Verschärfung des Bauarbeiterstreiks. — Tumult im Reichstag.

Die Verhandlungen im Außenausschuß.

Berlin, 17. Juli. Ueber die heutige Sitzung des Außenausschusses wird im einzelnen berichtet: Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags hat heute in einer sehr ruhigen Beratung, die nur von einer lauten Rede des Vertreters der Kommunistischen Partei unterbrochen wurde, den Inhalt der Antwortnote an Briand geprüft. Der Wortlaut der Note wurde nicht mitgeteilt. Außenminister Stresemann gab aber eine ausführliche Mitteilung des Inhalts.

Das Ergebnis der Aussprache läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Grundsätze der deutschen Antwort nicht nur von allen Vertretern der Regierungsparteien, sondern im Prinzip auch von den meisten Vertretern der Opposition gebilligt wurden.

Insbesondere haben sich auch die Rechtsparteien mit der Absendung der Note einverstanden erklärt. Wenn allerdings von einer Seite der Linken behauptet worden ist, die Note wäre zunächst viel schärfer gefaßt gewesen und auf deutschnationales Verlangen abgeschwächt worden, so ist eher gerade das Gegenteil davon der Fall. Von deutschnationaler Seite ist die Aufnahme noch der einen oder anderen Forderung gewünscht worden, die nicht mit hineingenommen worden war.

Ueber den Inhalt der Note

verlautet, daß zunächst darauf hingewiesen wird, das Memorandum vom 9. Februar sei kein bindendes Angebot gewesen, sondern eine Anregung.

Deutschland stehe nach wie vor auf der Grundlage der in dem Memorandum dargelegten Ideen. Es könne daher die in der Briand-Note gemachten festen Vorschläge nicht annehmen.

Die Briand-Note enthalte Gedankengänge, die im deutschen Memorandum keinesfalls dargelegt worden seien. Das gelte insbesondere von der durch Briand festgelegten neuen Möglichkeit einer Garantie **Frankreichs** für etwaige **Schiedsgerichtsverträge im Osten.** Deutschland würde damit jede Selbständigkeit verlieren. Die Reichsregierung drückt in der Note nochmals ihren Wunsch nach **unverbindlichen Auseinandersetzungen** aus, da sie sich von einem weiteren Notenwechsel keinen Fortgang der Angelegenheiten verspricht. Sie ist vielmehr der Anschauung, daß nützliche **Besprechungen den einzigen Weg zur Lösung des Problems bieten.** Nur so werde es möglich sein, ein erträgliches Verhältnis im Osten und Westen herzustellen. **Eine solche gegenseitige Verständigung sei auf Grund der Briand-Note nicht zu erwarten, denn diese enthalte Bindungen, die über den Versailler Vertrag hinausgingen, während es darauf ankomme, dessen Schärfen zu mildern.**

Hinsichtlich des Eintritts in den Völkerbund habe sich der deutsche Standpunkt nicht geändert.

Die Reichsregierung bestehe demzufolge nach wie vor darauf, in den Völkerbund erst dann einzutreten, wenn die deutschen Wünsche nach Befreiung von der Bundesexekutive Berücksichtigung finden. — Die Note ist mindestens so umfangreich, wie die Note der Botschafterkonferenz.

Die große außenpolitische Aussprache, die am Mittwoch nächster Woche nach der für Sonnabend vorgesehenen Absendung der Antwortnote stattfinden soll, dürfte nach dem Ergebnis der Verhandlungen im Außenausschuß sehr ruhig verlaufen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen nicht mehr damit, daß sich bei dieser außenpolitischen Aussprache irgendwelche Zwischenfälle ereignen. **Die Regierungsparteien werden,** wie bereits mitgeteilt, **eine Billigungsformel einbringen, die die Zustimmung fast aller Mitglieder der Regierungsparteien finden wird.** Die kurz vor der Beratung des Reichstages dann noch stattfindende dritte Beratung des Etats wird ohne politische Aussprache durchgeführt werden.

Die Ministerpräsidenten der Länder

versammelten sich heute um 5 Uhr beim Reichskanzler, um über den Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt zu werden. Sollten auch diese keinen Einspruch erheben, so wird der Wortlaut der Note noch heute oder morgen fertiggestellt werden. Die Note wird dann wahrscheinlich am Dienstag in Berlin und Paris gleichzeitig veröffentlicht werden.

Eine Steuerkonferenz der Parteiführer beim Kanzler.

Berlin, 17. Juli. Der Reichskanzler hat für heute abend die Führer der Regierungsparteien und die Vertreter der Regierungsparteien im Steuerausschuß des Reichstages zu einer Konferenz eingeladen, in der alle noch schwebenden Steuerfragen einschließlich des Streites über den Finanzausgleich geklärt werden sollen. Man nimmt an, daß diese Beratung bis in die späte Nacht dauern wird, da die Regierung vor der Beendigung der zweiten Lesung der Steuergesetze im Ausschuß mit den Regierungsparteien über alle Fragen einig sein muß. **An eine Aenderung des Standpunktes der Regierung zur Frage des Finanzausgleichs sei, wie man in parlamentarischen Kreisen hört, nicht zu denken,** so daß sich die Länder entweder mit dem Kompromiß der Regierungsparteien begnügen oder aber den Reichskanzler zu einem Protest veranlassen müßten.

Die Finanzstatistiken der Gemeinden.

Berlin, 17. Juli. Wie der „Tag" meldet, legt die Reichsregierung den allergrößten Wert darauf, festzustellen, daß nach den letzten Vereinbarungen betr. die Vorschriften über die Beschaffung statistischer Unterlagen der Gemeinden die Landesregierungen zuständig sind, wobei von einem Kontrollvorgehen des Reiches nicht die Rede sein kann.

Weiter wird die Ländern und Gemeinden bisher unangenehme Bestimmung, daß bei einem Ueberschuß von 10 Prozent der Ausgaben über die Verwaltungskosten des Jahres 1914 die Steuerzuweisungen gekürzt werden können, so geregelt, daß eine Kürzung durch die Länder erfolgen kann, denen auch jetzt schon dieses Recht zusteht. (T.-U.)

Der französische Boden für die deutsche Antwort.

Millerands „Avenir" schrieb dieser Tage, allerdings mit Bezug auf Caillaux' Finanzwerk, „daß ein Parlament, wenn man es reden lasse, niemals zu einem Ziele gelange, daß aber eine Regierung, die man handeln lasse, stets ein Ziel erreiche". Das mag ein anfechtbarer Satz sein, und vor allen Dingen mag das Ziel, das eine handelnde Regierung erreicht, nicht immer etwas durchaus Erfreuliches sein. In der gegenwärtigen innerpolitischen Lage Deutschlands aber hat sich dieser Satz geradezu glänzend gerechtfertigt. Eine ganze Woche hindurch und länger tobte der Rede- und Blättersturm über die Frage, ob die parlamentarische Schlacht über die Sicherheitsfrage vor oder nach der Absendung der deutschen Antwort an Briand geschlagen werden müsse, erging sich eine krisensuchende Opposition in ständig gesteigerten Manövern, um über angeblichen oder wirklichen Meinungsverschiedenheiten des Kabinetts über die äußere Politik das große innerpolitische Aufbauwerk zum Scheitern zu bringen. Die Reichsregierung aber ließ sich in der Außenpolitik die Initiative nicht entreißen. Und so erleben wir das gerade jetzt wegen der Krisenmache völlig unerwartete Bild, daß die geplante Antwortnote trotz allen angeblich so unüberbrückbaren Gegensätzen in ganz kurzer Sitzung nicht nur im Kabinett eine einmütige Billigung gefunden hat, sondern daß sich auch die Führer sämtlicher großen Parteien ebenso einmütig hinter die Note gestellt haben. Man weiß heute noch nicht, wie das Zaubermittel aussieht, mit dem es die Regierung vermocht hat, die eben noch so hochgehenden Wogen der Erregung plötzlich so sanft zu glätten, obwohl es vielleicht gar nicht einmal eines Zaubermittels bedarf, um herauszufinden, daß keine Partei geneigt ist, in die Fallen zu gehen, die Briand uns stellt. Man wird sich also noch ein paar Tage gedulden müssen, ehe die Kritik einsetzen kann. Aber das eine ergibt sich jetzt schon klar: Wenn es so leicht war, die Parteien auf einen gemeinsamen Boden zusammenzuführen, so muß das Urteil über die von der Linken ausgehende Krisenmache um so schärfer ausfallen, da sie einmal auf eine durchaus nicht in unserem Interesse liegende Beschleunigung der deutschen Antwort drängte, nachdem sich Frankreich vier Monate Zeit gelassen hatte und da sie anderseits nur zu geeignet war, die deutsche Außenpolitik im Auslande zu diskreditieren und den Eindruck der deutschen Antwort von vornherein abzuschwächen. Die haltlose Krisenmache hatte aber auch noch den weiteren schweren Nachteil, daß sie das Interesse der deutschen Oeffentlichkeit allzusehr von den bedeutungsvollen innerpolitischen Ereignissen in Frankreich ablenkte, die zu dem Zusammenbruch der Linkskoalition und zu einer kaum noch verkennbaren Rechtsschwenkung der französischen Regierung geführt haben.

Vergebens bemüht sich die französische Linke, die bedeutsame Abstimmung in der letzten Sitzung der Kammer vor den großen Ferien als einen Augenblickserfolg der Nationalisten hinzustellen. Sie kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Abstimmung ein entscheidender Sieg des nationalen Blocks ist, auf den sich die Linksregierung Painlevé gestützt hat, um das Budget durchzubringen. Den Kernpunkt der Angelegenheit bildete die Forderung der Sozialisten nach einer Ermäßigung der Umsatzsteuer zugunsten der kleinen Gewerbetreibenden, die Caillaux ablehnte. Und als dann die Abstimmung ergab, daß die Sozialisten geschlossen in der Opposition standen, alle anderen Koalitionsparteien aber teils geschlossen, teils mit einem sehr erheblichen Prozentsatz mit der Rechten stimmten, da war das nicht nur die manchmal schon angestrebte Verschiebung der Mehrheit nach der Mitte, sondern, wie die Rechtsblätter mit Recht hervorheben, ein Wiedererstehen des berüchtigten nationalen Blocks, der bis zum äußersten rechten Flügel für die Regierung eintrat. Das Kartell der Linken ist damit gesprengt, nachdem es lange Zeit bereits reichlich Merkmale steigender innerer Zersetzung gezeigt hatte. Der innerpolitische Hintergrund der ganzen Angelegenheit hat dabei wenig Interesse für uns; denn die Marokkopolitik ist für uns ebenso eine französische Angelegenheit, wie Caillaux' Sanierungswerk. Was uns angeht, ist in erster Linie die Frage, wie weit sich in diesen Vorgängen ein grundsätzlicher Richtungswechsel in der französischen Politik andeutet, oder bereits vollzogen hat. Die Linke klammert sich bei der Erörterung der künftigen Politik mit Vorliebe an die demokratischen Tugenden Painlevés. Ist es aber schon eine sehr vielsagende Aeußerung eines Ministerpräsidenten, der von einer ausgesprochenen Linkskoalition auf den Schild erhoben wurde, wenn er in der entscheidenden Kammersitzung auf die

Räumung der Sanktionsstädte im August?

Eine unbestätigte „Temps"-Meldung.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 17. Juli. Wie dem „Temps" aus Brüssel gemeldet wird, hat die belgische Regierung im Einverständnis mit der französischen und der englischen Regierung beschlossen, daß die im Jahre 1921 besetzten drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in den nächsten Tagen zu gleicher Zeit mit den letzten Städten des besetzten Ruhrgebietes geräumt werden.

Demgegenüber läuft in letzter Stunde die Meldung ein: **In maßgebenden Kreisen wird erklärt, daß die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, wonach die Städte Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet geräumt werden würden, verfrüht sei.** Die 1921 erfolgte Besetzung dieser drei Städte sei von den interalliierten Mächten beschlossen worden und es werde gegenwärtig von den beteiligten Alliierten über die Bedingung dieser Räumung beraten. Zwischen Frankreich und Belgien sei in dieser Frage bereits eine Einigung erfolgt zu sein, doch dauern die Verhandlungen mit den übrigen Staaten noch an. Ein Beschluß sei bisher noch nicht gefaßt worden.

Langsamer Abzug der Besatzungstruppen.

Berlin, 17. Juli. Wie aus Sterkrade gemeldet wird, hat die Besatzungsbehörde gestern mit der Räumung der Offiziersquartiere begonnen. Soweit bisher bekannt ist, soll die Räumung am 20. Juli beendet sein. Sollte diese Meldung zutreffen, so bedeutet die teilweise Räumung Sterkrades den ersten Abzug von Besatzungstruppen aus der westlichen Zone des Ruhrgebietes, während nach den bisherigen Nachrichten nur die östliche Zone in der Linie Recklinghausen, Bochum und Haltingen geräumt wird. Die Nachrichten über die Räumung des Ruhrgebietes sind vielfach widersprechend. Das hat seinen Grund darin, daß **die Franzosen anscheinend ihre Truppen kompagnieweise und sogar zugsweise aus dem Ruhrgebiet zurückziehen.**

Die Gesamtbesatzung im besetzten Gebiet

beträgt etwa 120000 Mann gegen 71000 Mann früher deutschen Militärs im gleichen Gebiete. Im altbesetzten Gebiet haben die Franzosen zwei Armeekorps, eine Kavalleriedivision und Luftbrigade, ferner andere Formationen, wie Maschinengewehr- und Tankabteilungen, die Belgier eine Armee-Division unter einem Generalkommando. Im Ruhrgebiet standen zwei französische Divisionen und ein belgisches Detachement. **Die Gesamtbesetzung stellt sich zusammen auf 93000 Franzosen, 12500 Belgier und 8800 Engländer. Dazu kommen am Brückenkopf Kehl 1150 und im Saargebiet 4850 Mann.**

Abzug der Marokkaner vom Rhein.

Essen, 17. Juli. Nach Mitteilungen von französischer Seite werden die letzten Truppen der marokkanischen Division das besetzte Gebiet am Montag verlassen haben.